

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12040B
Telefon: (0228) 219038/39
Telex: DB86846 pppn d



Inhalt

Herbert Ehrenberg MdB, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, setzt sich für weitere Bemühungen um eine Verbesserung der Rehabilitation Behinderter ein.
Seite 1-3

Klaus Lennartz MdB und Peter Feile MdB kritisieren die steuerliche Bevorzugung besser Verdienender am Beispiel der Steuerabzugsfähigkeit von Beiträgen zur Lebensversicherung.
Seite 4

Olaf Schwencke MdEP, Vizepräsident des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, plädiert für ein Jahr der dörflichen Erneuerung 1985.
Seite 5/6

Klaus Kühler MdB widerspricht der CDU/CSU-Theorie vom grundsätzlichen Gegensatz von Ökologie und volkswirtschaftlicher Ökologie.
Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 812-1

37. Jahrgang / 5

8. Januar 1982

Jahr der Behinderten gab wichtige Impulse

Bemühen um verbesserte Rehabilitation muß weitergehen

Von Dr. Herbert Ehrenberg MdB
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

In der politischen Diskussion der Bundesrepublik im Jahr 1981 spielte das Internationale Jahr der Behinderten gewiß keine dominierende Rolle; die Schlagzeilen wurden von anderen Themen beherrscht. Dennoch gibt es Grund genug, zu diesem Internationalen Jahr der Behinderten eine vorläufige Bilanz zu ziehen.

Die Nationale Kommission hat einen wesentlichen Anteil daran, daß das Internationale Jahr der Behinderten in der Bundesrepublik ein Erfolg wurde - trotz der auch bei uns geübten Kritik an diesem von den Vereinten Nationen ausgerufenen Jahresthema. Kritik und Skepsis hängen freilich hier wie sonst auch mit zu großen Hoffnungen und Erwartungen zusammen.

Wer vom Internationalen Jahr der Behinderten erwartet hatte, daß es alle noch offenen Probleme bei der Integration der Behinderten lösen würde, daß sich die Einstellung der Bevölkerung zu den Behinderten nachhaltig und grundlegend ändern und daß Benachteiligungen von behinderten Menschen in Zukunft nicht mehr vorkommen würden - der mußte enttäuscht werden. Die Ziele der Nationalen Kommission waren bescheidener; sie beschränkten sich besonders auf zwei Aufgaben:

Erstens wollte die Nationale Kommission Zielvorstellungen und Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Rehabilitation ausarbeiten.

Zweitens sollte durch eine Aufklärungs- und Begegnungskampagne während des Internationalen Jahres die Bevölkerung auf die besonderen Probleme der Behinderten aufmerksam gemacht werden.



Beide Ziele wurden erreicht. Der Bericht der Nationalen Kommission, der nach mehr als einjähriger Diskussion einstimmig verabschiedet wurde, ist nicht nur eine Bestandsaufnahme der Rehabilitation. Er weist auch auf zahlreiche Probleme und Lösungsmöglichkeiten bei der Eingliederung der Behinderten in Arbeit, Beruf und Gesellschaft hin und ergänzt so das "Aktionsprogramm Rehabilitation in den 80er Jahren" der Bundesregierung in wirkungsvoller Weise.

Auf Einzelheiten dieses Berichts will ich nicht eingehen. Festzuhalten ist aber, daß bei den zahlreichen und weitreichenden Empfehlungen der Nationalen Kommission finanzielle Forderungen nicht mehr am Anfang des Katalogs stehen. Das ist nicht nur im Hinblick auf die öffentlichen Finanzen bemerkenswert. Es beweist auch, daß die Politik der Bundesregierung bei der medizinischen und beruflichen Rehabilitation im vergangenen Jahrzehnt erfolgreich war.

Der Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Ausbildungs- und Umschulungsstätten für Behinderte, ihre finanzielle Absicherung während des Aufenthalts in diesen Einrichtungen und die soziale Sicherung der Behinderten bei Krankheit und Alter - um nur drei Beispiele zu nennen - ist so gut wie abgeschlossen. Weitere Reformen sind hier nur noch in Grenzen möglich.

Entscheidend ist heute die gesellschaftliche Eingliederung der Behinderten. Gesetze und weitere finanzielle Mittel können dazu nur Hilfestellung leisten; ein selbstverständliches Zusammenleben von Behinderten und Nichtbehinderten kann nicht von oben verordnet werden. Gerade deshalb war das Internationale Jahr besonders wichtig. Ich kann und will nicht annähernd aufzählen, welche vielfältigen Aktivitäten in diesem Jahr stattfanden, und wieviel an Information, Anleitung und Aufklärung hier geleistet wurde. Fest steht allerdings, daß große Teile der Bevölkerung heute den Behinderten mehr Aufmerksamkeit schenken, und manch irrtümliche Vorstellung über die Ursachen und Auswirkungen von Behinderungen geändert werden konnte.

Vor allem die Medien haben daran einen großen Anteil. Presse, Rundfunk und Fernsehen haben das Internationale Jahr der Behinderten mit erklärenden, beschreibenden und aufmunternden, aber auch mit zahlreichen kritischen Berichten und Sendungen begleitet. Besonders durch die kritischen Berichte, in denen auch viele Behinderte zu Wort kamen, haben sie die Finger auf die Wunden der noch nicht zufriedenstellend gelösten Probleme gelegt. Sie haben auf Umweltbarrieren am Arbeitsplatz, in den Schulen und auf die Schwierigkeiten in den Familien mit Behinderten hingewiesen und sie haben deutlich gemacht, daß nicht die Aussonderung, sondern die Integration der Behinderten unser Ziel ist. Ohne den Rahmen dieses Internationalen Jahres wäre dies wohl kaum so eindrucksvoll und überzeugend gelungen.

Auch die Bevölkerung und die Behinderten selbst haben ein außerordentliches Interesse bekundet. Der Bericht der Nationalen Kommission ist hunderttausendfach von Schülern, Lehrern, Gewerkschaften, Kirchen und Verbänden bei uns abgerufen worden; auch nach sonstigen Informationen bestand das ganze Jahr über eine ungewöhnliche Nachfrage. Daneben wurde in einer großen Zahl von Veranstaltungen der Versuch gemacht, Hemmnisse, Vorurteile und Unkenntnis abzubauen, die sich in der Bevölkerung über Jahre hinweg gebildet hat. Zu einem guten Teil ist dies auch gelungen.

Beispielsweise hatte zu Beginn des Jahres eine repräsentative Meinungsumfrage ergeben, daß 68 Prozent unserer Bevölkerung keinerlei Kontakt mit Behinderten und ihren Problemen hatten. Nur ein Fünftel von der Bevölkerung konnte annähernd richtige Zahlen über die in der Bundesrepublik lebenden Behinderten nennen und ein Drittel hatte überhaupt keine Vorstellungen.

Diese Umfrage haben wir jetzt wiederholt. Die ersten Ergebnisse zeigen insgesamt ein spürbar stärkeres Bewußtsein der Bevölkerung für die Probleme der Behinderten. Gegenüber der ersten Umfrage haben jetzt etwa 3,5 Millionen mehr Menschen persönlichen Kontakt mit Behinderten, aus 32 sind 40 Prozent geworden. Nur noch 19 Prozent der Bevölkerung (gegenüber 32 Prozent zu Jahresbeginn) zeigten sich weiterhin distanziert und sagten "Ich kenne keine Behinderten und sehe so gut wie nie Behinderte". Auch die Anzahl der Befragten, die keine Vorstellungen über die Zahl der Behinderten haben, ist von 31 auf elf Prozent gesunken.

Euphorie ist deshalb sicherlich nicht angebracht. Nach wie vor ist mehr Information, mehr Aufklärung und das gegenseitige Akzeptieren von Behinderten und Nichtbehinderten eine große Aufgabe. Dennoch zeigt die Meinungsumfrage, daß eine verstärkte Bereitschaft in der Bevölkerung dazu vorhanden ist. Die Behinderten sind mehr in das Bewußtsein

unserer Gesellschaft gerückt und das ist das wohl wichtigste Ergebnis dieses Internationalen Jahres. Es ist eine erfreuliche Bestätigung unserer Arbeit und Ermutigung zugleich, diesen Weg auch in Zukunft fortzusetzen.

Problem Nummer eins bleibt dabei nach wie vor die bedrückend hohe Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten. Zwar sind inzwischen eine Million Schwerbehinderte in das Arbeitsleben eingegliedert. 95.000 arbeitslose Schwerbehinderte aber zeigen gleichzeitig, daß öffentliche und private Arbeitnehmer gleichermaßen ihre gesetzliche und moralische Verantwortung gegenüber den Schwerbehinderten noch nicht ernst genug nehmen.

Die Erhöhung der Ausgleichsabgabe ist deshalb für die Bundesregierung bei der Novellierung des Schwerbehindertengesetzes, die derzeit vorbereitet wird, kein Tabu. Auch die vorgesehene Stärkung der Position des Vertrauensmannes für Schwerbehinderte in den Betrieben und vor allem seines Stellvertreters wird dazu beitragen, die berufliche Integration der Behinderten zu verbessern. Kurzfristig wird das Vierte Sonderprogramm des Bundes und der Länder mit einem Volumen von 250 Millionen DM zusätzliche Arbeitsplätze für Schwerbehinderte schaffen. Dieses Sonderprogramm ist im übrigen der beste Beweis dafür, daß die Bundesregierung der beruflichen Rehabilitation nach wie vor entscheidende Bedeutung beimißt. Auch die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung vorgesehenen Kürzungen ändern daran nichts.

Entgegen einigen Vermutungen in den Medien geht es nicht darum, die Zahl der Teilnehmer an beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen zu begrenzen. Das wäre in der Tat nicht nur ein schlechter Beitrag zum Jahr der Behinderten, sondern auch ein Rückschlag für die gesamte Rehabilitation. Ziel der Bundesregierung ist es, die finanziellen Mittel in der beruflichen Rehabilitation insgesamt effektiver und wirtschaftlicher als bisher einzusetzen, ohne die Teilnehmerzahl und die Ziele der beruflichen Rehabilitation in Frage zu stellen. Die Eingliederung der Behinderten in die Arbeitswelt war, ist und bleibt eine entscheidende Voraussetzung jeder erfolgreichen Integration.

Die zweite Aufgabe ist es, die Vielzahl der Empfehlungen der Nationalen Kommission und die Ziele des Aktionsprogramms der Bundesregierung in den nächsten Jahren so weit wie möglich umzusetzen. Dies ist nur zum Teil eine Finanzfrage - entscheidender sind oft etwas mehr guter Wille und etwas mehr Phantasie.

Ich appelliere an die Länder, Gemeinden, Rehabilitationsträger und Verbände ebenso wie an die Vielzahl der Behörden und privaten Einrichtungen, die alle einen kleinen, aber wichtigen Beitrag zum Abbau von Barrieren für Behinderte leisten können. Sie alle sollten ihre Verantwortung für die bessere Eingliederung der Behinderten auch nach 1981 ernst nehmen und ihre in diesem Jahr begonnenen Initiativen und Aktivitäten dazu fortsetzen.

Beispielsweise bei der Verbesserung der Beratung und Aufklärung der Behinderten über ihre rechtlichen, finanziellen und technischen Möglichkeiten und bei der weiteren Intensivierung und Umsetzung der Vorsorgeuntersuchungen. Oder durch die Aufnahme des Faches "Rehabilitation" in die Lehrpläne des Medizinstudiums und die Fort- und Weiterbildung der praktizierenden Ärzte über spezielle Probleme der Behinderten, um zwei weitere Beispiele für Anregungen der Nationalen Kommission zu nennen.

Daneben sollten Rundfunk und Fernsehen auch nach dem 31. Dezember weiterhin Informations- und Unterhaltungssendungen für und über Behinderte bieten. Gerade ihre Dienstleistungen für spezielle Gruppen von Behinderten - zum Beispiel die Untertitelung von Filmen oder Nachrichten mit Gehörlosen-Dolmetschern - erleichtern die besonders schwierige Integration dieser Personen.

Vor allem aber gilt es, ein verstärktes und alltägliches Zusammenleben von Behinderten und Nichtbehinderten zu erreichen. Jeder einzelne von uns ist dabei gefordert. Das Abschieben in Sonderschulen und Heimen verbessert nicht die Integrationschancen der Behinderten, es baut nur neue Barrieren auf. Neue Wohnformen und integrierte Schulen, eine stärkere Öffnung privater Verbände, von Sportvereinen und kulturellen Vereinigungen für Behinderte können weit mehr als Gesetze und Vorschriften zu ihrer Integration beitragen.

Die Behinderten selbst sind dazu - auch das zeigt die Erfahrung des Jahres 1981 - bereit. Sie wissen, daß soziale Integration keine Einbahnstraße ist und daß auch sie auf die Nichtbehinderten zugehen müssen. Einander verstehen und miteinander leben ist nur möglich, wenn jeder dem anderen den ersten Schritt erleichtert und ihm vor allem den guten Willen nicht abspricht.

So verstanden ging das Internationale Jahr der Behinderten nicht zu Ende. Die Integration der Behindertenarbeit in Beruf und Gesellschaft bleibt dauernde Aufgabe und ständige Herausforderung zugleich. Wir alle sollten versuchen, diese Herausforderung zu bestehen und die Arbeit zur Verbesserung der Rehabilitation intensiv fortzusetzen. + + +

Ungerechtfertigte Steuervorteile beseitigen!

Ein Vorschlag zur Finanzierung der Erhöhung der Kilometerpauschale

Von Klaus Lennartz MdB und Peter Feile MdB

Der 8. Subventionsbericht macht wieder einmal deutlich, daß es in diesem Staate noch viele Gruppen gibt, die weit über das vertretbare Maß hinaus Steuervorteile genießen.

Folgendes aktuelle Beispiel soll dies verdeutlichen: Wie heißt es so schön im Paragraph 40 b EStG "Pauschalierung der Lohnsteuer bei bestimmten Zukunftssicherungen für Arbeitnehmer". Was steckt dahinter?

Legt man den 7. Subventionsbericht zugrunde, könnte man sofort zur Tagesordnung übergehen; denn dort wird ein Steuerausfall unter der Begriffsbezeichnung Paragraph 40 b EStG Zukunftssicherung für Arbeitnehmer, von einem Betrag unter fünf bis acht Millionen DM ausgewiesen.

Unser Mißtrauen gegenüber diesen Zahlen war nicht unberechtigt. Schon im Sommer dieses Jahres hatten wir diese Zahlen bezweifelt. Zu recht, denn der 8. Subventionsbericht belegt schwarz auf weiß: Der Steuerausfall für diesen Bereich für 1982 wird auf über eine halbe Milliarde (550 Millionen DM) geschätzt. Mittelfristig in den nächsten vier Jahren cirka 2,5 Milliarden Steuermindereinnahmen.

Was steckt hinter dem Wort Zukunftssicherung? Es sind Beiträge zur Lebensversicherung die neben der normalen Alterssicherung abgeführt werden. Einwände könnte man dagegen normalerweise nicht haben.

Diese Form der Direktversicherung wird laut eigenen Angaben des Bundesministeriums der Finanzen, überwiegend von einem Personenkreis in Anspruch genommen, bei dem ein Steuersatz von 42 Prozent zu unterstellen ist. Dies entspricht einem Jahreseinkommen von 96.000,--/192.000,-- DM (ledig/verheiratet).

Nach dem bisherigen Verfahren unterliegen die Beiträge zur Direktversicherung (Lebensversicherung) bis zu einem Jahresbeitrag von 2.400,-- nicht der individuellen Steuerpflicht der Versicherungsnehmer, sondern der Arbeitgeber kann nach Paragraph 40 b EStG den günstigeren Pauschalsteuersatz von zehn Prozent erheben. Dies ist die Praxis. Dabei ist in Zukunft noch zu erwarten, - nach eigenen Aussagen der Lebensversicherungsgesellschaften - daß durch das Anheben des Zinsfußes für die Pensionsrückstellungen von 5,5 auf sechs Prozent ein verstärkter Zugang zu den Direktversicherungen zu verzeichnen sein wird.

Das Ergebnis wäre: Die Steuerausfälle nach Paragraph 40 b EStG steigen noch weiter an. Ein Ergebnis, was politisch nicht gewollt sein kann, besonders unter dem Gesichtspunkt der sozialen Ausgewogenheit und der Verteilungsgerechtigkeit. Wir fordern deshalb:

- a/ eine Prüfung des Paragraphen 40 b EStG auf seine weitere Berechtigung hin,
- b/ mindestens jedoch eine Reduzierung des steuerfreien Betrages von 2.400,-- DM jährlich auf DM 600,-- jährlich.

Die so entstehenden Mehreinnahmen (Reduzierung der Steuerausfälle) sind für die Finanzierung der Kilometerpauschale im Interesse der Berufspendler einzusetzen.

(-/ 8.1.1982/ks/hgs)

+ + +



Denkmalschutz bei knappen Kassen

Der Kahlschlag in ländlichen Regionen schreitet voran

Von Dr. Olaf Schwencke MdEP

Vizepräsident des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz

Als eine größere Öffentlichkeit im Jahr des Europäischen Denkmalschutzes 1975 mit der Forderung nach neuen baupolitischen Prioritäten durch wirksame Stadterhaltungsmaßnahmen konfrontiert wurde, stieß sie auf eine breite Zustimmung. Endlich war Denkmalschutz zur politischen Aufgabe und für Sozialdemokraten überdies zum Instrument der Gesellschaftspolitik geworden; und damit aus der Engführung der Denkmalpfleger befreit. Die mit 1975 einsetzenden bau- und steuerpolitischen Maßnahmen sowie die verschiedenen Investitionsprogramme des Bundes waren und sind wirksam: Wer heute durch unsere alten Städte und Stadtteile geht, kann mit eigenen Augen den Fortschritt erkennen. Das gilt allerdings nicht für die ländlichen Regionen: Hier ist der denkmalpflegerische Notstand, das heißt der zum Teil totale kulturelle Kahlschlag immer noch an der Tagesordnung.

Heute ist die Euphorie des Jahres 1975 verfliegen; daran konnte auch die kontinuierliche Arbeit des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz nichts ändern. Die gegenwärtig noch laufende europäische Kampagne für Stadterneuerung, die im März in Berlin mit einer internationalen Tagung abgeschlossen wird, fand kaum noch öffentliche Resonanz.

Wir sind nüchterner geworden und wägen heute sorgsamer ab, was wir uns finanziell an Denkmalschutz noch leisten können oder sollten. Denn Denkmalschutz ist teuer. Wer die Erhaltung und Nutzung des kulturellen Erbes in praktische Politik umsetzen will, bedarf dafür erheblicher finanzieller Mittel: Denkmalschutz kann eben nicht auf kleine Flamme reduziert werden. Nachdem die wohnungsbaupolitische Verantwortung vom Bund stärker auf die Länder und Kommunen verlagert wurde - eine äußerst problematische Entwicklung - besteht die Gefahr, daß eben dieses geschieht. Das Bremer Sparbeispiel - ein in den letzten Jahren personell deutlich vergrößertes Amt hat für das laufende Jahr 1982 so wenig Mittel, daß selbst begonnene Erhaltungsmaßnahmen jetzt in Frage gestellt sind -, wird nicht ohne Nachfolge bleiben.

Ich bin sicher, daß die Städter sich gegen das Einschränken der Denkmalschutzmaßnahmen mit Unterstützung der Medien zu wehren wissen. Aber was geschieht auf dem sogenannten flachen Lande? Das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz hat auf die diesbezüglichen Defizite immer wieder durch Erklärungen und Schriften aufmerksam gemacht. Jetzt ist es Aufgabe insbesondere der deutschen Vertreter im Europarat, eine Kampagne zur Erneuerung der ländlichen Regionen durchsetzen zu helfen. Meine Forderung lautet: 1985 muß zum Europäischen Jahr der dörflichen Erneuerung erklärt werden.



Im Blick auf die Aufgaben des Denkmalschutzes im neuen Jahr ergeben sich folgende fünf Schwerpunkte:

1. Die aktuellen Schwierigkeiten in den Haushalten von Bund, Ländern und Kommunen dürfen nicht zu unsinnigen Einschränkungen im Bereich der Denkmalpflege führen. Unsinnig wären sie in der Tat bei wachsender Arbeitslosigkeit: Nicht weniger, sondern mehr Investitionen im Bereich des Denkmalschutzes brauchen wir heute. Der beschäftigungspolitische Effekt ist größer als in allen anderen Arbeitsbereichen.
2. Die Notwendigkeit, kurzfristig mehr Wohnraum, vor allem billigeren und insbesondere für kinderreiche und junge Familien zu schaffen, ist unbestritten. Aber es muß gewährleistet sein, daß Altbau-Modernisierung und -Sanierung wie bisher auf gleichem Förderungsniveau bleiben.
3. Die Bundesrepublik Deutschland und die Bundesländer haben in ihrer Gesetzgebung im Bereich des Denkmalschutzes seit 1975 gewaltige Fortschritte gemacht. Diesen aufgrund der veränderten Lage einzuschränken oder seine Wirksamkeit durch finanzielle Restriktionen zu beschneiden, würde für die urbane Zukunft unkorrigierbare Fakten schaffen. Totalsanierungen mit dem Bagger haben bekanntlich nach 1945 mehr kulturellen Schaden angerichtet als der Zweite Weltkrieg insgesamt.
4. Denkmalschutz ist eine gemeinsame europäische Aufgabe. Die noch laufende Europaratskampagne für die Stadterneuerung unterstreicht diesen politischen Zusammenhang. Ein wichtigerer Schritt wäre eine europäische Kampagne für die ländliche Erneuerung im Jahr 1985.
5. Der beste Denkmalschutz ist der, der von den Betroffenen, Beteiligten und Direkt-belangten mitformuliert und durchgeführt wird: Nur dann hat Denkmalschutz seinen gesellschaftlichen Wert und einen politischen Sinn, wenn er zum wirkungsvollen Menschen-Schutz wird.

Kurzum: Denkmalschutz ist politisch wichtig - auch bei und insbesondere bei knappen öffentlichen Kassen.

(-/8.1.1982/bgy/hgs)

+ + +



CDU - trauriges Ende der Umweltbewegung

Die Union ist unfähig den gesamtpolitischen Stellenwert der Umweltpolitik zu erkennen

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Die Stellungnahme des CDU/CSU-Fraktionsexperten für Umweltfragen Riesenhuber, der wenig Vergleichbares mit dem aus der CDU ausgetretenen ehemaligen Umweltpolizisten Gruhl hat, zum ökologienpolitischen Orientierungsrahmen der SPD ist nicht geeignet, den umweltpolitischen Dialog zwischen den Parteien des Deutschen Bundestages zu fördern.

Die CDU/CSU krankt seit Beginn der Umweltdiskussion daran, daß sie sich unfähig zeigt, Umweltpolitik in den Gesamtzusammenhang von Politik einzubeziehen. Es ist ihr seither nicht gelungen, auch nur in Grundzügen eine Konzeption der Umweltpolitik politisch zu erarbeiten.

Dies bestätigen einmal mehr die ausgefallenen Attacken Riesenhubers gegen die ökologienpolitischen Orientierungen der SPD. Selbst wenn die betriebswirtschaftliche Rechnung umweltschützende Maßnahmen als zusätzlichen Kostenfaktor darstellen können, so trifft das schon nicht mehr in mehr volkswirtschaftlichen Rechnungen zu, zu denen letztlich auch alle nachteiligen Folgekosten für unterlassene Umweltschutzmaßnahmen gehören. Im übrigen sind Umweltschutzinvestitionen in ihrer großen Mehrzahl genau so wirtschaftliche Investitionen wie andere. Und ein großer Teil von Umweltschutzmaßnahmen ist sicher betriebs- und volkswirtschaftlich noch positiver zu beurteilen als viele Güter der Luxusproduktion, oder ist etwa ein Autoabgasfilter, der umwelt- und gesundheits-schädliche Autoabgase filtert, weniger betriebs- und volkswirtschaftlich interessant als ein edelhölzernes Armaturenbrett in einer Luxuskarosse?

Der von Riesenhuber behauptete grundsätzliche Gegensatz von Ökologie und volkswirtschaftlicher Ökonomie bleibt unbewiesen. Die CDU ist nicht "Spitze" der Umweltbewegung, sondern ihr trauriges Ende. (-/8.1.1982/ks/hgs)

+ + +

